



Nr. 3

Berlin, 19.01.2011

## Inhalt:

[Heesen und Stöhr: Bürger wollen leistungsfähigen und funktionierenden öffentlichen Dienst+++](#)

### **Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften**

[dbb-Lehrerverbände in Rheinland-Pfalz: Qualität in der Schule bleibt gemeinsames Ziel+++](#)

[Personalmangel - dbb hamburg fordert Stärkung der Bezirke+++](#)

[Kritik der DSTG: Steuervereinfachungspaket ist ein Luftnummer+++](#)

[Tarifverhandlungen bei der Deutschen Telekom vertagt+++](#)

[GDL: Schlichtungsergebnis ist für Lokomotivführer nicht relevant+++](#)

[Schröder begrüßt kombi-Initiative zur Erhöhung des Männeranteils in Kindertagesstätten+++](#)

[DPoIG zu Vorratsdatenspeicherung: Besser unzureichende Gesetze als keine+++](#)

[BDF mit Positionspapier Wald+++](#)

### **Namen und Nachrichten +++**

aktuell

## Heesen und Stöhr: Bürger wollen leistungsfähigen und funktionierenden öffentlichen Dienst

**(dbb) Den Wunsch der Bürger nach einem leistungsfähigen und funktionierenden öffentlichen Dienst haben der dbb Bundesvorsitzende Peter Heesen und Frank Stöhr, Zweiter Vorsitzender des dbb, mit Blick auf die Einkommensrunde 2011 noch einmal unterstrichen. Dem „dbb magazin“ (Ausgabe Januar/Februar 2011) sagte Heesen, die Einkommensforderung sei „nicht erwürfelt, sondern errechnet. Sie ist das Ergebnis sorgfältiger Analysen der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung sowie der Haushaltslage der Gebietskörperschaften, die die Folgen der Finanzkrise noch nicht überwunden haben, aber im laufenden Jahr mit deutlich höheren Steuereinnahmen rechnen – und wirtschaften – können.“ Die Forderung von 50 Euro plus drei Prozent bringe besonders den Beziehern geringerer Einkommen ein deutliches Plus und schaffe Spielräume, Nachwuchs und Fachkräfte zu gewinnen.**

Stöhr verwies auf die „Berufsspezifischen Tage“, mit denen die Leistungen des öffentlichen Dienstes für die Bürger an ausgewählten Beispielen dargestellt werden sollen. In gewisser Weise sitze der Bürger mit am Verhandlungstisch, so Stöhr. „Ferner sind es – anders als in der Privatwirtschaft – bei uns öffentliche Mittel, aus denen der Tarifabschluss zu begleichen ist. Wir können am Verhandlungstisch stark auftreten, wenn wir wissen, die Bürger stehen hinter unserer Forderung“, so der dbb Verhandlungsführer.

Heesen verwies darauf, dass allen Beschäftigten im öffentlichen Dienst eine Beteiligung an

der allgemeinen Einkommensentwicklung zustehe. Der dbb setze sich für den Gleichklang zwischen den Statusgruppen ein. Der dbb Chef kündigte an: „Wir werden hart über unser Gesamtpaket verhandeln, weil unsere Forderungen seriös und akzeptabel sind, ohne Länder und Kommunen in den Bankrott zu stürzen.“ Stöhr sagte, die Zusammenarbeit mit ver.di habe in den vergangenen Jahren Früchte getragen und die tarifpolitische Durchsetzungsfähigkeit erhöht. „Trotzdem müssen wir jedes Jahr neu darum kämpfen, dass Konkurrenz und Kooperation in einem vernünftigen Verhältnis zueinander stehen.“  
(01/03/11)

## *Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften*

### **dbb-Lehrerverbände in Rheinland-Pfalz: Qualität in der Schule bleibt gemeinsames Ziel**

**(dbb) Die Qualitätssicherung des Unterrichts sowie gute Rahmenbedingungen für Schulen sehen Landesregierung und die Lehrerverbände im rheinland-pfälzischen dbb als gemeinsame Aufgabe. Diese Themen standen auch im Mittelpunkt eines Gesprächs der fünf Landesvorsitzenden der Lehrerverbände im dbb rheinland-pfalz mit Ministerpräsident Kurt Beck und Bildungsministerin Doris Ahnen am 17. Januar 2011 in der Staatskanzlei in Mainz.**

Die Verbandschefs, die etwa drei Viertel der organisierten rheinland-pfälzischen Lehrkräfte vertreten, trugen ihre gemeinsamen Kernanliegen vor. Dazu überreichten sie ein Positionspapier zu den wichtigsten gemeinsamen Themenbereichen in der Bildungsdiskussion: Beamtenstatus, Nachwuchsgewinnung, Lehrerbildung, Unterrichtsversorgung und Lehrer-

gesundheit. Ministerpräsident Kurt Beck hob hervor, dass Rheinland-Pfalz über ein differenziertes Schulsystem verfüge, bei dem die Wahlfreiheit der Eltern und die Durchlässigkeit zentrale Kriterien seien. Er bekräftigte das Ziel der Landesregierung, vom Schuljahr 2011/2012 an bis 2014 die Schülerzahl pro Grundschulklasse von maximal

30 auf 24 zu senken. Zudem sollen bis 2016 die fünften und sechsten Klassen aller Schular-ten höchstens 25 Schüler zählen. Die Lehrer-verbände begrüßten die Pläne. Einig waren sich die Gesprächsteilnehmer darin, dass der Lehrerberuf attraktiv sein muss, um auch künf-tig qualifizierten Nachwuchs zu gewinnen.

Ministerin Ahnen wies darauf hin, dass das Land zu Beginn dieses Schuljahres 760 Lehre-rinnen und Lehrer neu eingestellt habe. Heute beschäftige das Land 5.000 Lehrerinnen und Lehrer mehr als vor zehn Jahren.

(02/03/11)

## Personalmangel - dbb hamburg fordert Stärkung der Bezirke

**(dbb) Als „vorhersehbar und schon lange überfällig“ hat der dbb hamburg bezeichnet, dass die Bezirksamtsleitungen jetzt gegen die Sparpolitik des Senats mobil machen. Diese bringe die Bürger zur Verzweiflung, sagte der dbb Landesvorsitzende Rudolf Klüver am 17. Januar 2011. Vor allem die Bezirke würden stiefmütterlich behandelt.**

Die letzte Verwaltungsreform von 2006, die ebenfalls hauptsächlich die Bezirke betraf, sei gerade einmal umgesetzt - ohne Personalver-stärkung, aber mit der Zuweisung von zusätzli-chen Aufgaben -, da falle dem Senat seine Sparpolitik vor die Füße. „Stundenlange Warte-zeiten, Bearbeitungsstau bei den Sozial- und anderen Bürgerleistungen werden zur Regel“, so Klüver.

„Wir haben bereits seit Anfang 2009 ständig vor einem Ausbluten der Bezirke gewarnt, kaum einer hat auf uns gehört“, so der dbb

Landeschef. „Wir erwarten mehr Personal; von der alten Leier von überbordenden Personal-kosten haben wir genug.“

„ Der Personalabbau von über 20.000 Stellen im öffentlichen Dienst in den letzten 10 Jahren fordert seinen Tribut. Das sind unhaltbare Zustände, die einer Weltstadt Hamburg nicht gut zu Gesicht stehen. Die Politik muss endlich aufwachen und deutlich sagen, was sie eigent-lich will“, mahnte Klüver.

(03/03/11)

## Kritik der DSTG: Steuervereinfachungspaket ist ein Luftnummer

**(dbb) Der Vorsitzende der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG), Dieter Ondracek, hat das Steuervereinfachungspaket der Bundesregierung erneut scharf kritisiert. Der „Neuen Westfälischen“ (Ausgabe vom 13. Januar 2011) sagte er: „Das ist eine Luftnummer der Politik, ein PR-Gag, der niemandem was bringt.“**

Ein „Ärgernis, das für Bürger und Verwaltung Mehrarbeit bedeutet“ sieht der DSTG-Chef darin, dass der Bund zu wenig Personal für die Umstellung der Datenerfassung auf das neue elektronische Programm ELStAM zur Verfö-gung gestellt hatte. Dadurch sei das Programm nicht fertig geworden und das Jahr 2011 müs-se nun mit der weiterhin gültigen Lohnsteuer-karte des vergangenen Jahres überbrückt wer-den.

Dass die Steuererklärung von Arbeitnehmern nur noch alle zwei Jahre gemacht werden soll,

werde auch keinen wirklichen Gewinn bringen, so Ondracek weiter. „Denn von den 22 Millio-nen bekommen 21 Millionen veranlagte Arbeit-nehmer Geld zurück. Die Bürger wollen das Geld natürlich nicht erst in zwei Jahren sehen, sondern am besten gestern. Also wird es jäh-rlich annähernd die gleiche Anzahl von Steuer-erklärungen geben.“ Ondracek riet den Bür-gern, weiter zu machen wie bisher: „Sie sollten auf jeden Fall versuchen, ihr Geld so schnell wie möglich zurück zu bekommen. Es ist ja schließlich ihr Geld.“

(04/03/11)

## Tarifverhandlungen bei der Deutschen Telekom vertagt

**(dbb) Die am 19. Januar 2011 begonnenen Tarifverhandlungen zwischen der Kommunikationsgewerkschaft DPV (DPVKOM) und der Deutschen Telekom für rund 60.000 Beschäftigte des Unternehmens sind auf den 3. Februar 2011 vertagt worden.**

„Wir haben dem Arbeitgeber in der Auftakt-runde unsere berechtigten Tarifforderungen detailliert vorgestellt. Gleichzeitig haben wir ihm klargemacht, dass die Beschäftigten und wir ein verhandlungsfähiges Angebot von ihm erwarten“, so der stellvertretende DPVKOM-Bundesvorsitzende Horst Sayffaerth nach der ersten Tarifrunde in Bonn.

Die DPVKOM fordert für die Mitarbeiter der Deutschen Telekom AG, Telekom Deutschland GmbH, Deutschen Telekom Kundenservice GmbH, Deutschen Telekom Netzproduktion GmbH sowie Deutschen Telekom Technischer Service GmbH und für die Auszubildenden des Konzerns eine Entgelterhöhung von 7,2 Prozent. Darüber hinaus setzt sich die DPVKOM dafür ein, dass betriebsbedingte Kündigungen bis 2016 ausgeschlossen sind. Bislang galt dieser Kündigungsschutz bei der Deutschen Telekom AG und der Telekom Deutschland GmbH nur bis Ende 2010. Bis 2016 soll es nach dem Willen der DPVKOM auch keine Aus-

gründungen bei der Deutschen Telekom geben.

Die wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens war in den vergangenen Jahren positiv, daran haben die Beschäftigten einen großen Anteil, erklärte die DPVKOM. Dies müsse sich nun in den Portemonnaies der Beschäftigten positiv niederschlagen. Auch angesichts des wirtschaftlichen Aufschwungs sei eine deutliche Reallohnsteigerung mehr als gerechtfertigt. „Die Tarifforderung von 7,2 Prozent beinhaltet daher nicht nur einen Ausgleich für die am 1. Januar 2011 in Kraft getretene und in der Tarifrunde 2007 vereinbarte Entgeltabsenkung von 2,17 Prozent für die Mitarbeiter der Servicegesellschaften, sondern auch einen realen Einkommenszuwachs von rund 5 Prozent. Dabei strebt die DPVKOM eine Laufzeit der neuen Entgelttarifverträge von 12 Monaten an.“

(05/03/11)

## GDL: Schlichtungsergebnis ist für Lokomotivführer nicht relevant

**(dbb) Für die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) ist das am 17. Januar 2011 verkündete Schlichtungsergebnis für die Beschäftigten im Schienenpersonennahverkehr „nicht relevant“.**

Die GDL erklärte dazu: „Wir vertreten bundesweit fast 80 Prozent der Lokomotivführer und verhandeln den Bundes-Rahmen-Lokomotivführertarifvertrag (BuRa-LFTV) für alle Lokomotivführer im Nah-, Fern- und Güterverkehr. Deshalb ist das Schlichtungsergebnis der Eisenbahnverkehrsgewerkschaft, das ohnehin nur für den Nahverkehr gilt und für Lokomotivführer nicht relevant ist, für uns kein Thema.“

Weiter heißt es in der GDL-Mitteilung: „Wir haben in den Tarifverhandlungen schon gute Fortschritte erzielt, sei es beim Betreiberwech-

sel oder bei der Qualifizierung.“ Knackpunkt werde jedoch das tatsächlich einheitliche Entgelt auf Deutsche Bahn-Niveau sein. Bereits heute würden 90 Prozent aller Lokomotivführer auf diesem Niveau bezahlt „und mit der GDL gibt es keine Tarifabsenkung für die Zukunft“.

Die Bundestarifkommission der GDL werde am 3. Februar 2011 den Verhandlungsstand bewerten und darüber entscheiden. „Sollten die Angebote der Arbeitgeber nicht ausreichend sein, sind Arbeitskämpfmaßnahmen nicht auszuschließen“, so die GDL.

(06/03/11)

---

## Schröder begrüßt komba-Initiative zur Erhöhung des Männeranteils in Kindertagesstätten

**(dbb) Bundesfamilienministerin Kristina Schröder hat die Initiative der komba gewerkschaft zur Erhöhung des Männeranteils am Fachpersonal in Kindertagesstätten begrüßt. Die komba hatte die Forderung, um den Männeranteil am pädagogischen Personal von Kindertagesstätten zu erhöhen und die Attraktivität dieses Berufsbildes entsprechend aufzuwerten, an die Ministerin herangetragen.**

In ihrem Antwortschreiben an den komba Bundesvorsitzenden Heinz Ossenkamp und die Vorsitzende des Bundesfachbereichs Sozial- und Erziehungsdienst, Sandra van Heemskerck, habe die Ministerin bestätigt, man sei mit diesen Forderungen „auf dem richtigen Weg“, teilte die komba am 17. Januar 2011 mit.

Konkret habe Schröder vorgeschlagen, der Bundesfachbereich Sozial- und Erziehungsdienst der komba solle gemeinsam mit der Koordinationsstelle „Männer in Kitas“ und der Bundesministerin die Forderungen in den aktuellen Diskussionsprozess einbringen und so dem gemeinsamen Ziel näherkommen.  
(07/03/11)

## DPOIG zu Vorratsdatenspeicherung: Besser unzureichende Gesetze als keine

**(dbb) Angesichts des Streits in der schwarz-gelben Regierungskoalition über die Einführung der Vorratsdatenspeicherung und einer Visawarndatei fordert die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPOIG) CDU/CSU und FDP auf, schnellstmöglich den Kompromiss zu suchen. DPOIG- Bundesvorsitzender Rainer Wendt sagte am 17. Januar 2010 in Berlin: „Was Bundesjustizministerin Leutheusser-Schnarrenberger plant, ist zwar weit entfernt von notwendiger Sicherheitspolitik. Aber besser ein Minimum an Sicherheit als gar keine.“**

Der Vorschlag von Leutheusser-Schnarrenberger im Hinblick auf eine Neugestaltung der Vorratsdatenspeicherung, das so genannte „Quick Freeze“-Verfahren anzuwenden, reicht nach Meinung der DPOIG nicht aus. Wendt: „Das schnelle Einfrieren von Verbindungsdaten bei konkretem Anlass ist leider unzureichend, da es den Telekommunikationsunternehmen in Deutschland grundsätzlich untersagt ist, Daten zu speichern. Flatrate-

Anbieter tun dies schon gar nicht.“ Bei der Schaffung einer Visawarndatei komme es seiner Meinung nach darauf an, jetzt rasch wenigstens das Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag umzusetzen. Auffällige Personen, die einen Visa-Antrag stellen, sollen zur „näheren Überprüfung erkennbar gemacht werden“, heißt es dort.  
(08/03/11)

## BDF mit Positionspapier Wald

**(dbb) Pünktlich zum Internationalen Jahr der Wälder 2011 haben die Verbandsvertreter Carsten Wilcke (Deutscher Forstverein), Hans von der Goltz (Arbeitsgemeinschaft Naturgemäße Waldwirtschaft) und Hans Jacobs (BDF) ein Positionspapier Wald vorgelegt. Darin sind Forderungen zur zukunftsfähigen Erhaltung der Forstwirtschaft in Deutschland formuliert.**

Die im Herbst 2010 vom BMELV (Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz) vorgestellte Strategie, die die vielfältigen, teilweise widerstreitenden Interessenlagen um den deutschen Wald in einer Gesamtkonzeption zusammenführen soll,

konnte die Erwartungen nicht annähernd erfüllen, heißt es darin. Sie wurde abgelehnt. Sowohl Verbände aus Naturschutz und Forstwirtschaft als auch die Forstchefkonferenz äußerten Kritik. Wilcke, von der Goltz und Jacobs haben nun Eckpunkte und Forderungen für

---

die forstpolitische Diskussion formuliert, die auch eine allgemeine forstliche Standortbeschreibung liefern.

„Es ist nicht erst seit der Proklamation des Internationalen Jahrs der Wälder offenkundig, dass der Wald und die Forstwirtschaft zwi-

schen den diversen nicht immer gleichgerichteten Interessenlagen zerrieben zu werden drohen“, so BDF-Vorsitzender Jacobs. „Es wird allerhöchste Zeit, dass wir aufhören, immer nur Konflikte zu suchen. Wir müssen endlich an den Lösungen zu arbeiten beginnen.“ (09/03/11)

## ***Namen und Nachrichten***

(dbb) Versicherte der ehemaligen Deutsche Beamten-Versicherung Öffentlichrechtliche Lebens- und Renten-Versicherungsanstalt, die in der Zeit vom 31. Dezember 1989 schon und am 26. April 1990 noch dort versichert waren, haben Geld zu erwarten. Die Ansprüche ergeben sich aus einem seinerzeit ausgehändigten Berechtigungsschein – dessen Coupon 2 kann jetzt eingelöst werden - und zwar bis zum 1. Oktober 2012, teilte die **DBVÖR** (DBV Öffentlichrechtliche Anstalt für Beteiligungen) in Wiesbaden am 13. Januar 2011 mit. Coupon 2 kann bei Filialen mehrerer Banken und einer Reihe von Sparkassen eingereicht werden. Mehr Infos unter [www.dbvoer.de](http://www.dbvoer.de) oder über die Service-Nummer 01803/202608.

Wegen fehlenden Personals herrscht nach Ansicht der Gewerkschaft komba ein „Notstand in der Lebensmittelkontrolle“. In den Verbraucherschutzämtern sei die Personaldecke infolge Stellenabbaus und nicht besetzter Stellen ausgedünnt, kritisierte der Hamburger komba-Landesvorsitzende **Horst Weidemann** am 18. Januar 2011. Bei zusätzlichen Belastungen wie dem Dioxin-Skandal müsse die öffentliche Verwaltung zwangsläufig kollabieren. Weidemann verwies auf Angaben des Bundesverbandes der Lebensmittelkontrolleure, dass bundesweit statt der gegenwärtig rund 2500 Mitarbeiter etwa 10 000 notwendig wären.

Von der geplanten Aktion der Enthüllungsplattform Wikileaks, rund 2.000 Namen potenzieller Steuersünder, darunter angeblich auch Deutsche – für jedermann einsehbar online zu stellen, ist der Bundesvorsitzende der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG), **Dieter Ondracek**, nicht begeistert. „Zur Gaudi, als pure Showaktion ist das abzulehnen“, sagte er dem „Donaukurier“ (Ausgabe vom 17. Januar 2011). Statt die Daten zu veröffentlichen, müssten sie den Strafbehörden übergeben werden, so Ondracek. Auch für Steuersünder gelte das Steuergeheimnis.

Die Bologna-Reform hat nach Auffassung des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE) „in der Lehrerbildung ein einem Chaos pur geführt“. VBE-Bundesvorsitzender **Udo Beckmann** und Oliver Arlt, Bundessprecher der Arbeitsgemeinschaft der jungen Lehrerinnen und Lehrer im VBE (AdJ), kritisierten am 11. Januar 2011, die Länder, weil sie sich nach wie vor nicht auf einheitliche Abschlüsse verständigen konnten. Dass die Kultusministerkonferenz über Jahre die nötige Harmonisierung vor sich hergeschoben habe, sei „Kleinstaaterei und kein vorzeigbarer Kulturföderalismus“. Der VBE erwarte dringend eine Harmonisierung der Lehrerausbildung, so Beckmann und Arlt. (10/03/11)